

Walter Hande/Hans Leucht

17. Juni 1953:

Die Ereignisse in Gera

THÜRINGER FORUM
für Bildung und Wissenschaft e.V.
Jena 2003

THÜRINGER FORUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT E.V.

Walter Hande/Hans Leucht

17. Juni 1953: Die Ereignisse in Gera

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-935850-15-8

Hrsg.:

Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.

Drucktechnische Herstellung:

Jugendwerkstatt Jena

Am Steinbach 15

07743 Jena

Inhalt

Vorbemerkung	5
Der 17. Juni 1953 in Gera – eingebettet in die konfliktreiche internationale und nationale Situation	6
Die Situation in Gera 1952/1953	10
Die Unruhen, Streiks und Demonstrationen am 17. Juni 1953 in Gera	16
Das Verhalten der Demonstranten, der staatlichen Organe, der Polizei, der Parteiorgane	21
Die Tage danach	24
Zum Schicksal des Neuen Kurses und dem Charakter der Ereignisse am 17. Juni 1953	26
Anlage 1: Übersicht über Betriebe in Gera, die 1952/1953 durch repressive Maßnahmen betroffen wurden	29
Anlage 2: Forderungen der Arbeiter in Gera	37
Anlage 3: Verzeichnis der genannten Betriebe	39

Zur weiterführenden Beschäftigung mit dem Gegenstand empfiehlt der Herausgeber auch folgende beim Thüringer Forum erschienene Publikationen:

Das Jahr 1952: Europa am Scheideweg. Vergebliche Suche nach Alternativen in Ost und West. Dokumentation zweier Konferenzen von Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. und „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. (Jena und Berlin 2002), 180 S., Jena 2002. Hrsg.: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.
ISBN 3-935850-16-6

Die Juni-Ereignisse 1953. Vorgeschichte – Verlauf – Wirkungen. 60 S., Jena 2003. Hrsg.: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.
ISBN 3-935850-14-X

Zu beziehen über:

THÜRINGER FORUM für Bildung und Wissenschaft e.V.
Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena
Tel.: 03641-449432; Fax: 03641-426553
e-mail: vorstand@thueringer-forum.de
<http://www.thueringer-forum.de>

Vorbemerkung

Auch kurz vor dem 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 ist das Interesse an den damaligen Ereignissen und ihrer historischen Einordnung ungebrochen. War die Führung der DDR daran interessiert, die Ereignisse des 17. Juni vor allem Provokateuren aus dem Westen anzulasten, so ist auch heute der Versuch einer politischen Instrumentalisierung nicht zu übersehen.

Grund genug, das Thema auch aus regionaler Sicht wieder aufzugreifen. Im Ergebnis eines Projektes der Interessengemeinschaft Geschichte beim Geraer PDS-Kreisvorstand erschien bereits 1993 eine kleine Dokumentation mit dem Titel „Der 17. Juni 1953 in Gera“, an deren Erarbeitung vor allem Karl-Heinz Petzke, Hans Leucht und Walter Hande beteiligt waren.¹

Die jetzt vorliegende ergänzte und erweiterte Arbeit versucht, isolierte Betrachtungsweisen zu durchbrechen und betont eine kritische Position zur Bewertung der Ereignisse des 17. Juni 1953.

Selbstverständlich erhebt sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Kritische und ergänzende Hinweise vor allem auch von Beteiligten und Augenzeugen jener Tage werden weiterhin erwartet.

Gera, Dezember 2002

¹ Der 17. Juni 1953 in Gera. Hrsg. v. Kreisvorstand der PDS Gera, Interessengemeinschaft Geschichte, Gera 1993.

Der 17. Juni 1953 in Gera – eingebettet in die konfliktreiche internationale und nationale Situation

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 in der DDR können nicht losgelöst von der Vorgesichte und dem internationalen Umfeld betrachtet werden. So sind auch die lokalen Ereignisse in Gera nicht davon zu trennen.

Obwohl seit 1949 zwei deutsche Staaten bestanden, handelten diese nicht souverän. Die Interessen der jeweiligen Siegermacht standen im Vordergrund. Hinzu kam die bewußte Entscheidung führender Kräfte in Westdeutschland, ohne Rücksicht auf den östlichen Teil eine enge politische, ökonomische und militärische Verklammerung mit den westlichen Staaten zu erreichen. Dem lagen vielfältige Interessen zugrunde. Dominanz hatte wohl aus heutiger Sicht auch eine Fehleinschätzung der Potenzen, der Pläne und Absichten der anderen Seite durch die Westmächte, insbesondere der USA. Hier spiegelten sich auch Unsicherheiten über die Stabilität des eigenen Systems nach der großen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wider. Die Unterstellung eines sowjetischen Expansionswillens stellte das Feuer dar, an dem sich viele Hände wärmten.

Umgekehrt existierte in der Sowjetunion das Trauma des Jahres 1941. Noch waren die Wunden des Krieges nicht geschlossen, da erhob sich die Befürchtung, daß man einer neuen Bedrohung ohne entschlossene Maßnahmen nicht standhalten könnte. Reaktion und Gegenreaktion entfalteten ihre eigene Logik.

Zweifellos besaß Deutschland in dieser Auseinandersetzung ein entscheidendes Gewicht, verkörpert durch seine strategische Lage, Ökonomie und Bevölkerung. In diesem Zusammenhang stellt die Note der SU an die Westmächte vom März 1952 ein entscheidendes Dokument dar. Stalins Angebot für ein einheitliches, aber neutrales Deutschland war mit weitreichenden Zugeständnissen verbunden und ging von der Vorstellung aus, damit den eigenen Einflußbereich zu sichern, aber keinesfalls von einer Sowjetisierung Deutschlands. Nationale Interessen der Deutschen spielten bei der ablehnenden Haltung Adenauers und der USA zu diesen Vorschlägen keine Rolle. Ein neutrales Deutschland bedeutete für die USA die Gefahr, Westeuropa als Einflußsphäre zu verlieren. Die Ablehnung der Vorschläge hatte Folgen. Verstärkte Anstrengungen im eigenen Machtbereich, die Sicherheit durch Rüstung zu gewährleisten waren die Antwort.

Analog zur BRD wurde die DDR in das östliche Staatensystem eingebunden. Herausragendes Zeichen für den Kurswechsel war der Beschluß der II. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 zum Aufbau des Sozialismus in der DDR. Das Zustandekommen dieses Beschlusses charakterisiert eindrucksvoll die Situation in der Partei.² Seit 1946 hatte sich die SED ständig verändert. Der demokratische Zentralismus als Zeichen einer bolschewistischen Partei, einer Partei neuen Typs, war durchgesetzt worden. Mit der Dominanz der zentralen Führung hatten die Mitglieder lediglich die Beschlüsse durchzusetzen. Eine freie Diskussion im Sinne von Alternativen war, trotz gegenteiliger Propagierung über die Aufgaben und Rechte der Mitglieder, nicht mehr möglich. Hinzu gesellte sich die Kopierung der Arbeitsweise der KPdSU und

² Günter Benser, Eine Überraschung, in: Neues Deutschland, 6./7.7.2002.

die Anwendung doktrinärer Leitsätze, die heute als Stalinismus bezeichnet werden. Dazu im Kontrast stand der Enthusiasmus, die Bereitschaft großer Teile der alten und neuen Generation, einen Staat aufzubauen, der Frieden garantiert und soziale Sicherheit gibt. Es ging um etwas vollständig Neues in diesem immer noch vom Krieg gezeichneten Land.

Der Beschlußentwurf der II. Parteikonferenz wurde erst Stunden vor der Konferenz mit dem Zentralkomitee der SED besprochen.³ Ein so bedeutsames Vorhaben hätte mit einem umfassenden Meinungs austausch der Mitglieder, wenn nicht der Bevölkerung, beginnen müssen. Auch das Gremium einer Parteikonferenz wurde der Bedeutung des Beschlusses nicht gerecht. Die überstürzte Handlungsweise stand offensichtlich im Zusammenhang mit den internationalen Ereignissen. Im Mai 1952 hatte Adenauer den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterschrieben. Die Deutschlandinitiativen Stalins waren gescheitert, und ein baldiger militärischer Konflikt schien nicht ausgeschlossen.⁴ Die Devise, ab Herbst 1952 in der DDR den beschleunigten Aufbau des Sozialismus zu propagieren und gleichzeitig zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe für Landesverteidigung und den Aufbau einer Schwerindustrie bereitzustellen, schuf ein gefährliches Konfliktpotential, das mit der Anwendung von Stalins These über die Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus keinesfalls überzeugend beseitigt werden konnte.

Rigorese Steuerpolitik, Kürzungen in sozialen Bereichen und andere Zwangsmaßnahmen sollten den Ausgleich für die materiellen Engpässe bringen, die sich dadurch lediglich vergrößerten. Mit der Auswertung politischer Prozesse (Slansky u.a.) auch in der DDR entwickelte sich eine Atmosphäre, die die Suche nach Feinden in allen Ebenen zur ständigen Aufgabe machte.⁵ Daß es andererseits mit dem Kalten Krieg verbundene Störmanöver von westlicher Seite tatsächlich gab, belegen die Veröffentlichungen in dieser Zeit.⁶

In der DDR zeigte sich bald, daß der scharfe Kurs der Führung der SED nicht durchzuhalten war. Die Potenzen der DDR wie auch ihrer Verbündeten waren zu schwach. Dem gegenüber gewann das System der BRD Anziehungskraft. Sicher in Übereinstimmung mit der sowjetischen Seite, oder auch gemeinsam, wurde im Frühjahr 1953 die Lage analysiert. Das auf einen Kurswechsel hinweisende Ergebnis stand offensichtlich in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der sowjetischen Kontrollkommission, die sich im April 1953 nach Moskau wandte. Im März 1953

³ Ders., DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S. 141.

⁴ Heinz Heitzer, Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? in: Jochen Czerny (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung der DDR-Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 129.

⁵ Mit falschen Anschuldigungen wurden in den osteuropäischen Ländern führende Parteifunktionäre verfolgt und verurteilt (z.B. Slansky in der CSSR). Ihre Rehabilitation erfolgte nach dem XX. Parteitag der KPdSU, als willkürliche Handlungsweisen Stalins aufgedeckt wurden. Auch in der DDR wurde in dieser Zeit versucht, Funktionäre zu belasten und Verbindungen zu „Spionen und Konterrevolutionären“ zu unterstellen. Als Beispiel sei Paul Merker (Mitglied des ZK der SED) genannt, der später rehabilitiert wurde. (Vgl. auch Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, a.a.O., S. 151ff.)

⁶ Vgl. z.B.: Unmenschlichkeit als System. Dokumentation zur KgU, Berlin 1957; Frances Stonor Saunders, „Wer die Zeche zahlt...“ Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001.

war Stalin gestorben, und im Mai 1953 faßte das Politbüro der KPdSU den Beschluß „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“.⁷ Vom 2. bis 4. Juni weilten Ministerpräsident Otto Grotewohl, Fred Oelßner und Walter Ulbricht in Moskau. Hier wurden sie mit dem Beschluß vertraut gemacht. Es folgte der Beschluß des Politbüros der SED vom 9. und 11. Juni 1953. Durch sowjetischen Druck wurde die sofortige Veröffentlichung am 11. Juni veranlaßt.⁸ Keine Tagung des ZK hatte diesen Kurswechsel beraten und bestätigt. Die Veröffentlichung machte viele Funktionäre und Mitglieder der SED ratlos, da sie die bisherige politische Linie an der Basis durchgesetzt und verteidigt hatten.⁹ Ratlosigkeit wurde an anderer Stelle als Bankrotterklärung verstanden. Die überstürzten Maßnahmen konnten die Unruhe in der unzufriedenen Bevölkerung nicht beseitigen. Hinzu kam, daß das wichtige Problem der Heraufsetzung von Arbeitsnormen nicht erwähnt wurde. Daran entzündete sich schließlich der Konflikt, und mit der spontanen Demonstration der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee am 16. Juni wurde das Signal für die Ereignisse am 17. Juni 1953 in vielen Orten der DDR gegeben.

Unter den Bedingungen der geteilten Stadt und der Atmosphäre des Kalten Krieges blieb die Reaktion der westlichen Medien nicht aus. Bereits am 16. Juni forderte der RIAS in einem Kommentar, daß „das Ende der totalitären Herrschaft der deutschen Satelliten des Kreml“ zu erreichen sei. Seit diesem Zeitpunkt sandte der RIAS seine Nachrichten, Kommentare und Forderungen rund um die Uhr in die Städte der DDR. Am nächstfolgenden Tag waren diese Nachrichten Diskussionsstoff in vielen Betrieben. Das Feuer brannte. Ursache aber für die weiteren Aktionen waren die Zustände im Innern der DDR.¹⁰

⁷ Rolf Stöckigt, Direktiven aus Moskau. Sowjetische Einflußnahme auf DDR-Politik 1952/53, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte..., a.a.O., S. 129.

⁸ Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, a.a.O., S. 155.

⁹ Heinz Brandt, Ein SED-Funktionär in Opposition, Augenzeuge des 17. Juni, in: Thomas Friedrich/Armin Friedrich (Hrsg.): „Es hat alles keinen Zweck, der Spitzbart muß weg“. Der 17. Juni 1953, Berlin 1992, S. 21.

¹⁰ Günter Benser, DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht, a.a.O., S. 157; Eberhart Schulz, Ursachen und Wesen der Juniereignisse des Jahres 1953 in der DDR, Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 1993.

Die Situation in Gera 1952/1953

Mit dem Gesetz vom 21. Juli 1952 und auf der Grundlage der Beschlüsse der II. Parteikonferenz entstanden in der DDR neue staatliche Strukturen. Die Länder wurden aufgelöst, an ihre Stelle traten Bezirke. Gera wurde Bezirkshauptstadt, ebenso wie Erfurt und Suhl in Thüringen. Damit verstärkten sich die Durchgriffsmöglichkeiten der zentralen staatlichen Leitungen in Berlin. Das entsprach den Vorstellungen von den Funktionen des Staatsapparates zur Ausübung der Diktatur des Proletariates. Die Maßnahmen erfolgten, ohne die Verfassung formell zu ändern. Schwierigkeiten zur Verfassungsänderung hätte es nicht gegeben, da dafür in der Volkskammer die notwendige Majorität vorhanden war.¹¹ Die Parteiorganisationen der SED in Gera hatten wie in anderen Städten der DDR den gleichen Weg zu Strukturen und Arbeitsweisen des demokratischen Zentralismus zurückgelegt.¹² Parteiüberprüfungen, Parteilehrjahr nach dem „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ und insgesamt die strikte Anlehnung an das sowjetische Vorbild erzeugten das stalinistische Parteiverständnis.

Seit Mai 1949 gab es in Gera in mehreren großen Veranstaltungen heftige Auseinandersetzungen. „Mangelhaftes Studium der Geschichte der KPdSU“, Erscheinungen von „Nationalismus“ und „Antisowjetismus“ wurden kritisiert. Eine große Rolle spielte der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ und das „Nurgewerkschaftler-tum“. Besonders der damalige Kreisvorsitzende des FDGB, Fritz Schulze, geriet ins Zentrum der Kritik. Ihm wurde vorgeworfen, daß er sich vorwiegend um die materiellen Sorgen der Werktätigen kümmere und die Probleme nicht politisch-ideologisch angehe, daß er vor den Forderungen der Arbeiter zurückweiche. Im Ergebnis der Kampagne mußte Fritz Schulze zurücktreten und Selbstkritik üben.

Für die Tradition des „Sozialdemokratismus“ standen in Gera Ansichten und Haltungen ehemaliger Schüler und Lehrer der Tinzer Heimvolkshochschule vor 1933. Prof. Jenssen, der bekannteste Lehrer dieser Schule, wurde beschuldigt, als Theoretiker an der Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland mitgewirkt zu haben und sich auch jetzt noch, wie andere Genossen, dieser Einsicht zu widersetzen.¹³ Die doktrinären Ansichten setzten sich nicht ohne Widerstand in der Partei selbst durch. So rügte das Sekretariat der Kreisleitung Gera Stadt der SED am 2.1.1953 die mangelnde Aktivität und geringe Teilnahme der Genossen an Aktivtagungen. So waren aus solchem Anlaß lediglich 35 Mitglieder von 135 der HO-Lebensmittel anwesend bzw. 25 von 125 eines Betriebes der Textilveredlung. Zu den ideologischen Problemen gesellten sich 1952/53 die Konflikte in der Ökonomie. Am 10.4. befaßte sich das Sekretariat mit der TAN-Arbeit (Arbeitsnormen). Kritisch

¹¹ Werner Künzel, Verfassung und Wirklichkeit, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte..., a.a.O., S. 68.

¹² Vgl. Eberhart Schulz: Abkehr von innerparteilicher Demokratie. Die Formierung der SED zur „Partei neuen Typus“ in Thüringen 1948 bis 1951, Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, Jena 1998; Wilfriede Otto, Widerspruch und Widerstand in der SED, in: Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. v. PDS Linke Liste, Band 1, Bonn/Berlin 1993, S. 129.

¹³ Vgl. Auszug aus einem Referat von Fritz Schwager, Kreisparteiaktivtagung Gera am 16.12.1950, veröffentlicht in: AG Geschichte beim PDS Stadtvorstand Gera/Walter Hande (Hrsg.): KPD und SPD in Gera auf dem Weg zur SED, Gera 1996, Anlage 9.

wurde vermerkt, die bisher erreichten 790 freiwilligen Normerhöhungen seien, außer in Tinz, nicht in den Schwerpunkten der Produktion erreicht worden. In der WMW Union gäbe es eine Verschlechterung der politischen Arbeit und sozialdemokratische Tendenzen. Zu den „verbrecherischen Elementen“, die nach den Unterlagen im RFT entlarvt wurden, fehlen weitere Angaben.

Wie sich die Lage verschärfte, zeigte die Sekretariatssitzung der Kreisleitung der SED Gera Stadt am 19.5.1953. Nochmals wurde das Thema der Republikfluchten behandelt. Offensichtlich mit wenig Erfolg, denn es findet sich die resignierende Bemerkung: „Gemäß des Beschlusses der Bezirksleitung haben wir alles getan, was wir tun konnten, um der Republikflucht Einhalt zu gebieten.“ Unzufrieden war man mit den Auswertungen des Slansky-Prozesses in den Grundorganisationen. Es gab nur allgemeine Darlegungen.

Da keine neuen Gegner sichtbar wurden hieß die Schlußfolgerung: „Deshalb müssen wir uns jetzt Gedanken machen, wie wir die auftretende Gegnerarbeit entlarven können.“

Abweichende Meinungen zum Thema „Bericht zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens“ registrierte das Sekretariat aus den Reihen der Mitglieder im Konsum und dem Betrieb Roto-Record. Das waren nach damaliger Ansicht „sozialdemokratische“ und „pazifistische“ Tendenzen. Angekündigte Parteiaustritte wurden in den Unterlagen nicht weiter kommentiert.

1952/1953 verschärfte sich das Verhältnis der politischen Führung auch in der Stadt Gera zu bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten. In der Nationalen Front, in der alle Parteien zusammenarbeiteten, dominierte eindeutig die SED. Allerdings gab es noch Positionen in der Gewerkschaft, die von den bürgerlichen Parteien besetzt waren. Als im Frühjahr 1953 Wahlen der Gewerkschaft in den Betrieben durchgeführt wurden, trat der Vorsitzende der BGL, Mitglied der CDU, im RFT-Betrieb Gera gegen das propagierte Ziel auf, mit den Wahlen die führende Rolle der SED durchzusetzen. Darin sah er einen Verstoß gegen die Blockpolitik.

Im gesamten Bezirk traten Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Lebensmitteln wie Gemüse, Butter, Margarine, Fleisch und Zucker auf. Zeitweise wurde der Verkauf von Butter in den Geschäften der HO auf dem Lande eingestellt. Im Herbst 1952 häuften sich die Stromabschaltungen. Im Frühjahr 1953 gab es verstärkt Anzeichen einer Krise. Der Lohnfonds in der DDR war 1952 um eine halbe Milliarde Mark überschritten worden, und der Produktionsplan konnte nicht erfüllt werden. Das Warenangebot entsprach nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Am 13.5.1953 meldete der Rat der Stadt z.B. Schwierigkeiten in der Brotversorgung; und es kam zu Angstkäufen.

Die nachfolgend genannten Verordnungen, Steuererhöhungen und Maßnahmen wirkten sich unmittelbar auf das Leben in Gera aus:

- Verordnung im März 1953 über Steuerzahlungen des Handwerks; Betriebe mit industriemäßiger Produktion (über 10 Beschäftigte) erhalten keine Steuervergünstigungen als Handwerksbetriebe (Streichung aus der Handwerkerrolle)
- Erhöhung der Vermögens- und Gewerbesteuer
- Rigorose Eintreibung von Steuerschulden

- Verringerung der Überziehungskredite
- Kürzung von Leistungen der Sozialversicherung bei Kuren (Anrechnung von Urlaubszeit)
- Preiserhöhungen für Marmelade und Süßwaren
- Einführung neuer Brotsorten mit veränderten Preisen
- Preisverordnungen für Bier
- Fahrpreisermäßigungen der Reichsbahn werden nicht mehr gewährt (für Arbeiter-rückfahrkarten, Schwerbeschädigte, Lehrlinge und Schüler)
- Entzug der Lebensmittelkarten ab 1. Mai 1953 für Privatunternehmer, Großhändler, selbständige Rechtsanwälte und Steuerberater, Einzelhändler und Hausbesitzer die überwiegend vom Mietzins leben; sog. IN-Karten für die Intelligenz werden abgeschafft
- Am 13./14.5.1953 beschloß die 13. Tagung des ZK der SED, daß technisch begründete Arbeitsnormen (TAN) eingeführt werden sollen, d.h. Erhöhung der Normen um 10–30 %.

Die Durchsetzung dieser Maßnahmen führte zwangsläufig zu vermehrten Konflikten, die der Staat mit Hilfe der Justiz und der Sicherheitsorgane bewältigen wollte, aber zugleich auch verschärfte, indem die Strafgesetze extrem ausgelegt wurden. Das geschah z.B. bei Fahrlässigkeit, Diebstählen, Kompensationsgeschäften, Nichterfüllung des Abgabesolls der Landwirte u.a. Nach einem Bericht des Bezirksstaatsanwaltes an das Sekretariat der Bezirksleitung der SED am 9.4.1953 wurden im Bezirk von Ende des Jahres 1952 bis Februar 1953 allein 94 Großhändler inhaftiert, davon 15 aus der Stadt Gera. Insgesamt wurde ein Vermögen von 45 Mio. Mark sichergestellt.¹⁴

Bereits am 2.4.1953 hatte das Sekretariat zur Arbeit der Justiz Stellung genommen. Kritik wurde dabei an der Aburteilung von „Ablieferungssaboteuren“ aus den Reihen der Großbauern geübt. Von 59 anliegenden Fällen aus dem Bezirk seien nur 6 Urteile gesprochen worden.

Offensichtlich konnten die Justizorgane nur mit Schwierigkeiten die Erwartungen erfüllen und so kritisierte das Sekretariat die Richter, daß diese keine richtige politische Orientierung hätten. Fast immer würden nur Mindeststrafen ausgesprochen. Kritisiert wurde aber auch ein Staatsanwalt, der Freispruch für den Landwirt Rothe forderte.¹⁵ Das Sekretariat forderte schließlich eine engere Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft mit dem Rat des Kreises, zwecks Bestrafung der Großbauern. Alle Verfahren sollten binnen eines Monats abgeschlossen werden.

Diese Repressalien vermischten sich mit den Erscheinungen und Auswirkungen des Kalten Krieges zwischen Ost und West. So wurde in Gera der Inhaber des Kon-

¹⁴ LPA Thüringen IV/4/03/94. (Alle mit LPA = Landesparteiarchiv gekennzeichneten Quellen befinden sich heute im Thüringer Staatsarchiv Rudolstadt und wurden vor der Übergabe eingesehen.)

¹⁵ Vgl. Anlage 1, S. 36 in dieser Arbeit.

fektionshauses wegen Zusammenarbeit mit der Westberliner Agentenzentrale UfJ zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁶

Nach den Beschlüssen zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus geriet die Kirche und speziell die Junge Gemeinde der DDR in stärkere Bedrängnis. Zweifellos stand das im Zusammenhang mit versuchter Einflußnahme aus den Kirchenleitungen in Westberlin und der BRD. Ausschlaggebend war wohl die Auffassung, daß die Jugendarbeit der Kirche sozialistische Erziehungsziele gefährde und eine Konkurrenz zur FDJ darstelle wie auch mögliche pazifistische Tendenzen verbreiten würde. Am 28.4.1953 erklärte das Staatssekretariat für innere Angelegenheiten der DDR die Junge Gemeinde für illegal. Bereits zuvor hatte die Abteilung Volksbildung beim Rat der Stadt in Gera Überprüfungen in den Schulen vorgenommen, um nach Mitgliedern der Jungen Gemeinde zu suchen. So wurden im Januar und im März 1953 die Kurt-Keicher- und die Zabelschule überprüft. Das Sekretariat der Kreisleitung kritisierte in diesem Zusammenhang die Genossen an den Schulen, die die politische Linie nicht immer richtig erkennen und die Arbeit der Jungen Gemeinde unterschätzen würden. An der Zabelschule wurde von etwa 50 Schülern gesprochen, die Mitglieder der Jungen Gemeinde sein sollten. Religiös eingestellte Eltern im Elternbeirat erklärten im Zusammenhang mit den Angriffen auf die Junge Gemeinde, daß diese kein Sammelbecken der politischen Gegner der DDR sei, sie mische sich nicht in die Politik ein und habe ein Recht auf ihre Tätigkeit.

Anfang April 1953 erkannte das Sekretariat auch Aktivitäten der Jungen Gemeinde in den HO-Industriewaren und der TEWA-Schraubenfabrik. In Auswertung einer Überprüfung an der Bergschule II kam man zu der Schlußfolgerung, Mitglieder der LDP und der CDU nicht mehr als Pioniergruppenleiter einzusetzen, und schließlich unterbreitete das Kreislehreraktiv dem Kreissekretariat einen Vorschlag zur Beschlußfassung, in dem es unter Punkt IV/2 hieß: „Die Durchführung der Prüfungen muß dazu beitragen, reaktionäre Schüler und Lehrer zu entlarven ...“ Überspitzungen sollten vermieden werden. Infolge der Auseinandersetzungen an den Oberschulen fehlten vom Plan 180 Schüler, und von 56 Lehrerplanstellen konnten 9 nicht besetzt werden. Im Blickpunkt blieb die Forderung, den Anteil der Arbeiterkinder an den Oberschulen zu erhöhen.

Bald zeigte sich auch in Gera, daß dieser politische Kurs nicht auf Dauer durchgehalten werden konnte. Am 12.5.1953 wurden Angstkäufe bei Mehl und Teigwaren in der Stadt gemeldet. Der Anstieg der Republikfluchten zwang zu mehrfacher Stellungnahme der Partei- und Staatsfunktionäre. Beklagt wurde der Hauptanteil von Ju-

¹⁶ Hans Bentzien berichtet in seinen Erinnerungen (Meine Sekretäre und Ich, Berlin 1995) auch über seine Erlebnisse im Bezirk Gera. Im Vorfeld des 17. Juni 1953 wäre es zu einem schweren Zwischenfall in Gera gekommen. Das bezieht er auf die angebliche Aufdeckung einer Zweigstelle des SPD-Ostbüros bei Zeiss Jena (S. 112). Hier handelt es sich offensichtlich um eine Verwechslung. Der geschilderte Sachverhalt hat keinen Bezug zum 17. Juni 1953, und es gab auch nicht die geschilderten Ziele. Im VEB Carl Zeiss Jena unterhielten die führenden Mitarbeiter Sandmann, Wönne und Birkenbeil über ein Büro in Westberlin Verbindung zu der geflohenen Konzernspitze in der BRD. In „Carl Zeiss Jena – einst und jetzt“, Rütten & Loening, Berlin 1962, wird geschildert, wie der Aufbau des Konzerns in Westdeutschland illegal unterstützt wurde (S. 662ff.). Die Festnahmen erfolgten im Frühjahr 1953.

gendlichen und in der Sekretariatssitzung der Kreisleitung der SED hieß es am 5.5.1953: (Es) „sind doch nicht nur kriminelle Elemente, die das Gebiet der DDR verlassen, sondern ... auch Facharbeiter, Intelligenzler, Ärzte u.ä.“ Im Mai 1953 hatte Dr. Knieriem die Republik verlassen. Seine Klinik mußte von der Stadt übernommen werden. Der Geschäftsmann Bieder (bekannt als „Gummi-Bieder“, Kleine Kirchstraße) verließ die DDR im Mai. Anfang Juni kamen wegen Republikflucht die Landwirtschaftsbetriebe Fiedler (Leumnitz), Steinmetzger (Roschütz) und Ampach (Leumnitz) unter staatliche Aufsicht. In einem Bericht des Bezirksstaatsanwaltes am 9. April mußte auch die Republikflucht von vier Rechtsanwälten aus dem Bezirk erwähnt werden.

Den dramatischen Anstieg der Fluchten zeigt nachfolgende Übersicht:

Republik-Flucht in den Monaten Januar bis Mai 1953:

Monat	DDR ¹⁷	Bezirk Gera ¹⁸
Januar	22.386	649
Februar	31.396	852
März	58.605	942
April	36.695	1.157
Mai	35.485	948
bis 9. Juni	keine Angaben	1.041
Gesamt	184.793	5.589

Anfang Juni beginnt eine Neuorientierung. Im Bezirk Gera reagierten offensichtlich die Justizorgane am schnellsten auf den von Berlin verkündeten „neuen Kurs“. Am 10. und 11. Juni wurden 123 Straf- und Untersuchungshäftlinge freigelassen. Der Landwirtschaftsbetrieb Rothe wurde am 12. Juni zurückgegeben, und die Ärzte Dr. Adler und Dr. Schäfer erhielten eine Steuerermäßigung von 50 %. Beide beschäftigten mehr als zwei technische Kräfte und kamen nicht in den Genuß der Steuerermäßigung für die Intelligenz. Bis zum 17. Juni wurden von der Justiz des Bezirkes Gera in 238 Fällen Überprüfungen vorgenommen und 187 inhaftierte Personen entlassen.

Am Freitag, dem 12. Juni, tagte das Sekretariat der Kreisleitung der SED. Vor dem offiziellen Beginn sprach Gen. Wagner über die Beschlüsse des Bezirkssekretariates. Aus dieser mageren Notiz war zu erkennen, daß den Beteiligten nicht klar war, mit welchen Auswirkungen sie in wenigen Tagen zu kämpfen haben würden. Folgt man dem lapidaren Vermerk in den Akten, so hatte das Sekretariat noch 7 Tagesordnungspunkte zu behandeln, die offensichtlich keinen Bezug zum Kurswechsel hatten.

¹⁷ Quelle: Thomas Friedrich/Armin Friedrich (Hrsg.): „Es hat alles keinen Zweck, der Spitzbart muß weg“..., a.a.O., S. 25.

¹⁸ Quelle: Bezirksbehörde der Volkspolizei Gera, Analyse vom 30.10.1953, Thüringer Staatsarchiv, Rudolstadt.

Die Unruhen, Streiks und Demonstrationen am 17. Juni 1953 in Gera

Die unpopulären Maßnahmen, die insgesamt die Lebensverhältnisse verschlechterten, hatten auch in Gera für entsprechenden Zündstoff gesorgt. In dieser Situation konnte die plötzliche Verkündung eines Neuen Kurses, die mit dem Eingeständnis verbunden war, daß Partei und Regierung Fehler gemacht hatten, keine Beruhigung hervorrufen. Menschen, die außerhalb der sog. Parteilinie standen und eine oppositionelle Position vertraten, fühlten sich bestätigt. Über den Verlauf der Ereignisse am 16. und 17. Juni in der Berliner Stalinallee, die das Signal darstellten, liegt inzwischen in Gestalt des Eisensee-Reports ein detaillierter Bericht vor.¹⁹ Waren es in Berlin die Bauarbeiter, die in unmittelbarem Konflikt mit den geforderten Normerhöhungen gerieten, so lag der Ausgangspunkt in Gera in den Industriebetrieben.

In der allgemeinen Unzufriedenheit mußten die Nachrichten des RIAS über die Ereignisse am 16. Juni in Berlin auf fruchtbaren Boden fallen. Ab 16 Uhr verbreitete RIAS vier Hauptforderungen der Streikenden:

1. Lohnauszahlungen nach alten Normen
2. Sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten
3. Freie und geheime Wahlen
4. Keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher

Es folgten am Mittwoch, dem 17. Juni ab 5.30 Uhr Ansprachen des Westberliner DGB-Vorsitzenden Scharnowski mit dem Inhalt, überall zu demonstrieren – praktisch ein Aufruf zum Generalstreik.²⁰ Die Informationen des RIAS bildeten offensichtlich, wie in anderen Orten der DDR, den Hintergrund für die folgenden Ereignisse in Gera. Es ist in der späteren Zeit kein Nachweis gelungen, daß die Aktionen von langer Hand vorbereitet wurden, daß eine gezielte und gelenkte Tätigkeit staatsfeindlicher Organisationen oder der Geheimdienste dahinter stand. Den Unmut und die Erbitterung hatten Partei und Regierung selbst erzeugt. Die Rundfunksendungen aus Westberlin hätten ohne das vorhandene Konfliktpotential keinerlei Wirkung gehabt.

Aus den Unterlagen des Parteiarchivs ist ersichtlich, daß bereits am 17. Juni früh um 7 Uhr in der Kreisleitung Gera-Stadt eine Information der Stadtbezirksleitung Mitte vorlag, in der berichtet wurde, daß alle Beschäftigten des Kompressorenwerkes Gera EMK I die Arbeit niedergelegt hätten. Diskutiert wurden von den Arbeitern die Sendungen des RIAS. Im Speisesaal des Betriebes wurde eine achtköpfige Delegation bestimmt, die die Verbindung zum Betrieb Roto-Record aufnehmen sollte. Im Betrieb Roto-Record wurde bereits ebenfalls nicht mehr gearbeitet. Gruppen diskutierten die RIAS-Meldungen. Der Vorschlag der Arbeiter aus dem Kompressorenwerk stieß dort auf lebhafteste Zustimmung. Es hatten sich 400 bis 500 Personen versammelt, die unter Führung von Werner G., Mitglied der BGL von Roto Record und 2. Kreis-

¹⁹ Unabhängige Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“ (Hrsg.): Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. Mit dem Eisensee-Report „Funkstudio Stalinallee“, GNN Verlag Schkeuditz 1999, S. 195.

²⁰ Heinz Heitzer, Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte..., a.a.O., S. 133.

vorsitzender der LDP im Landkreis, und des Hoblers Rudolf S. aus dem gleichen Betrieb ein Streikkomitee wählten. Die inzwischen eingetroffenen Funktionäre der SED konnten diese Wahl nur noch registrieren. Es gelang ihnen weder, die Aufstellung eines Forderungskataloges zu unterbinden (Anlage 1) noch den Aufruf von G., die Forderungen dem Rat des Bezirkes zu überbringen, zu verhindern. Die Wortmeldung eines Gewerkschaftsfunktionärs wurde abgelehnt. Einzig Werner Keppel, der im Auftrag der SED eingetroffen war, konnte zu Wort kommen.²¹ Seine Mitteilung, daß der Beschluß über die Erhöhung der Arbeitsnormen inzwischen zurückgenommen wurde, löste zwar Beifall aus, verhinderte aber den Marsch zum Rat des Bezirkes nicht.²²

Gegen 10 Uhr führte die Demonstration zum VEB WEMA Union. Ebenso wie im Betrieb Roto-Record hatten hier bereits vorher Abgesandte des Kompressorenwerkes versucht, Einlaß zu erhalten. Die gewarnten Betriebsfunktionäre konnten das jedoch durch Schließen der Betriebstore verhindern. Um 10 Uhr hatten sich vor dem Betrieb aber auch Gruppen aus anderen Betrieben getroffen. Genannt wurden Angehörige der Fa. Weber und des VEB Autoreparaturwerkes I. Diese schlossen sich jetzt den Demonstranten an. Offensichtlich von der Ansammlung ermutigt, wurde von einigen das Werktor überstiegen und geöffnet. Ca. 100 Arbeiter sollen sich danach der Demonstration angeschlossen haben. Alle anderen arbeiteten im Betrieb weiter. Bevor der Rat des Bezirkes erreicht wurde, stießen Jugendliche aus dem VEB Kolbenring-Komet und dem Kreisbaubetrieb zum Zug.

Aus dem Kompressorenwerk EMK II schloß sich keine Gruppe an. In der Schraubenfabrik, im VEB Teppich- und Möbelstoffe und einem Holzwarenbetrieb fanden sich offensichtlich nur kleine Gruppen, die an dieser Demonstration teilnahmen. Die Demonstranten trafen gegen 11 Uhr am VEB Kondensatorenwerk RFT ein. Obwohl über Betriebsfunk die Rücknahme des Beschlusses zur Normerhöhung bekannt gemacht wurde und die Belegschaft weiter arbeitete, veranlaßte das Eindringen von Demonstranten den größten Teil der Belegschaft, sich dem Zug anzuschließen. Zwei Abteilungen arbeiteten weiter.

Der Zug erreichte schließlich den Rat des Bezirkes. Hier wurde beobachtet, daß sich ein Teil der Demonstranten entfernte. Erstmals ist an dieser Stelle von selbstgefertigten Transparenten die Rede, auf denen zu lesen stand: „Nieder mit der Regierung“ und „Der Spitzbart muß weg“. Lydia Poser, Vorsitzende des Rates des Bezirkes und Sepp Wenig, von der Generaldirektion der Wismut, sprachen mit einer Abordnung von 6 Arbeitern. Andere Angaben besagen, daß Lydia Poser und Genosse Kneusel (Parteisekretär beim Rat des Bezirkes) um 13 Uhr mit 15 Demonstranten sprachen.

²¹ Werner Keppel erinnert sich: Als Sohn eines angesehenen Arbeiterfunktionärs aus der Zeit vor 1933 und nach 1945 konnte er zu Wort kommen. (Quelle: Bericht zu Keppel, Privatarchiv Hande.)

²² ThStA Rud. BPA SED Gera IV/2/4/619, S. 7–8. Im Bericht der Bezirksleitung wird die Frage aufgeworfen, warum das Kompressorenwerk Ausgangspunkt war. Es wird u.a. erklärt: Das Werk unterstand dem Ministerium für Schwerindustrie und erhielt alle Planaufträge von dort. Die Entlohnung erfolgte jedoch nach dem Tarif der Leichtindustrie. Bei Roto-Record soll ein Artikel über die Normen in der Tageszeitung „Volkswacht“ besonderen Unmut hervorgerufen haben, den die Arbeiter als Schwindel bezeichneten.

Folgende Forderungen wurden vorgebracht:

- Verbesserung der Versorgung
- Neuwahl des Bezirkstages und der Stadtverordneten
- Verkleinerung des Apparates der SED

Im Ergebnis der Diskussion wurde zugesagt, eine Kommission zur Verbesserung der Versorgungslage zu bilden. Der Rat des Bezirkes stand zu dieser Zeit bereits im Kontakt mit der sowjetischen Kommandantur und der Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Namen der Unterhändler wurden festgestellt und dem MfS gemeldet. Gegen Mittag änderte sich der friedliche Charakter der Demonstration. So ist aus den Unterlagen ersichtlich, daß sich gegen 12 Uhr ca. 250 Personen vor dem Gebäude der Kreisleitung Gera-Stadt in der Burgstraße versammelten und ein 4 x 2 m großes Porträt von Walter Ulbricht zerstören.

Ein Unbekannter hielt auf einem Fenstersims eine Ansprache und forderte die Auflösung der Staatssicherheit, der Grenz- und Volkspolizei, die Freilassung der politisch Gefangenen und die Senkung der Arbeitsnormen. Nach den Erinnerungen von Hans Bentzien²³ wurde die Kreisleitung von Arbeitern der „Wismut AG“ belagert, die mit Kippern aus den umliegenden Schächten nach Gera gekommen waren und versuchten, in das Haus einzudringen. Das Auftauchen eines Panzers der sowjetischen Armee machte das zunichte.

Ansammlungen gab es gleichfalls vor der Untersuchungshaftanstalt der Volkspolizei. Es wird von ca. 120 Personen²⁴ berichtet, die versuchten einzudringen und die Gefangenen zu befreien. Hier kommt es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Der Einsatzwagen der eingetroffenen Feuerwehr wurde umgestürzt, die Schläuche zerschnitten. Volkspolizei und Bahnpolizei verhinderten zunächst ein weiteres Eindringen. Auch hier zerstreute sich die Menge erst nach dem Eintreffen sowjetischer Panzer.²⁵ Protestierende drangen auch zum Rathaus der Stadt vor, welches offensichtlich ohne Schwierigkeiten betreten wurde. Allerdings scheiterten die Versuche, sich des Stadtfunkes zu bemächtigen. In Konfrontation mit dem Oberbürgermeister Böhme riß man ihm das Parteiabzeichen ab. Am Eindringen in das Rathaus beteiligten sich der Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung des Postamtes Max B. und sein Bruder. Hilfeersuchen des Oberbürgermeisters an die VP wurden von dort abgewiesen. Die VP orientierte auf Diskussionen mit den Demonstranten. In der Innenstadt kam es zu dieser Zeit bereits zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Zwei Wagen der Polizei wurden gestoppt, die Polizisten entwaffnet und z.T. mißhandelt. Waffen wurden zerstört. Zerstört wurden auch Transparente und Schaukästen. Größerer Schaden wurde am „Haus der Jugend“ (heute „Comma“) angerichtet. Der Schaden wird später auf ca. 10.000 Mark geschätzt.

²³ Hans Bentzien, *Meine Sekretäre und Ich*, a.a.O.

²⁴ Alle Zahlenangaben schwanken – je nach Quelle – leicht.

²⁵ ThStA Rud. BDVP 21/026, S. 168. Vgl. auch den Beitrag Friedrich Krügers in: *Spurensicherung...*, a.a.O., S. 36. Nach dem Bericht der BDVP Gera vom 29.6.1953 wurde auch hier das äußere Tor von den Belagerern gewaltsam geöffnet, und sie drangen bis in den Hof vor.

In den Nachmittagsstunden erschienen immer wieder Meldungen über die Teilnahme von Arbeitern der Wismut AG an den Ausschreitungen. Es wurde eingeschätzt, daß sich dadurch die Lage verschärfte. So wurde um 15.30 Uhr gemeldet, daß Wismut-Arbeiter versuchen, in die Untersuchungshaftanstalt des MfS einzudringen.

Ein rückwärts fahrender Kipper wurde als Rammbock für das Außentor benutzt, welches er schließlich eindrückte. (Es wird auch von Schweißbrennern berichtet, die man eingesetzt habe.) In der Bezirksverwaltung des MfS, die sich gegenüber der Untersuchungshaftanstalt befand, standen im Hof Angehörige der KVP (Kasernierte Volkspolizei) bereit, um zunächst mit Einsatz von Strahlrohren der Feuerwehr und Einsatz von Wasser das mögliche Eindringen zu verhindern. Der Einsatz von Schusswaffen war erst dann angewiesen, wenn Demonstranten in das Gebäude eingedrungen wären. Zu dieser Zeit war der Leitung der Dienststelle bereits bekannt, daß die Kreisdienststelle in Jena vermutlich von Demonstranten besetzt war. Angriffsziel der Menge in der Amthorstraße war jedoch nicht das Gebäude der Bezirksverwaltung des MfS, sondern die Untersuchungshaftanstalt. Nach dem vorliegenden Bericht wurde bei der Überwindung des äußeren Tores in der Haftanstalt ein Warnschuß abgegeben, der zunächst zur Flucht der Eindringlinge führte und Versuche zum Eindringen stoppte. Erst nach geraumer Zeit erfolgte ein weiterer Angriff, der jedoch durch das Auftauchen sowjetischer Panzer beendet wurde.²⁶ Gegen 17 Uhr wird von 10 Lkw der Wismut in der Innenstadt berichtet. Fahrzeuge der KVP wurden umgestoßen, Waffen zerstört, Fenster des Hauptpostamtes von Wismut-Arbeitern eingeworfen. Mit einem Hebekran wurde versucht, das Gitter am Eingang des Rates des Bezirkes aufzubrechen.

Während der sowjetische Kommandant bereits den Ausnahmezustand verhängt hatte, zogen Arbeiter der Wismut noch durch die Straßen, bedrängten zwei sowjetische Soldaten, die mit Warnschüssen antworteten. Nach den offensichtlich am Abend des 17. Juni getroffenen Einschätzungen hatten ca. 2.000 Personen demonstriert. Am Nachmittag wuchs die Menge auf etwa 6.000 Menschen an. Die Ausschreitungen entstanden vor allem durch das Eintreffen und das Verhalten von Arbeitern der AG Wismut. In den Abendstunden erfolgten 42 Festnahmen durch VP, MfS und sowjetisches Militär. Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und der Präsenz sowjetischer Armee in den Straßen der Stadt wurden die Unruhen in der Stadt beendet.

²⁶ Bericht von Heinz Z. (Quelle: Privatarchiv Hande).

Das Verhalten der Demonstranten, der staatlichen Organe, der Polizei, der Parteiorgane

Folgt man den überlieferten Angaben ergibt sich der Eindruck, daß vom Ausgangspunkt, dem Kompressorenwerk, eine relativ disziplinierte Aktion mit begrenztem Ziel ausging. Vordergründig ging es den Akteuren um eine Verbesserung ihrer eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse. Das sichtbar zu machen entsprach auch ihrem Ziel, den Rat des Bezirkes anzusprechen. Die Bekanntgabe der Namen der Verhandlungspartner spricht noch für eine relativ ruhige Phase, wenn es den Arbeitern auch nicht an offenen Worten mangelte. „Willkür, Diktatur, verlorengegangene Verbindung zu den Werktätigen“ und andere kritische Worte fielen.²⁷ Das ändert sich durch verschiedene Faktoren um die Mittagszeit durch hinzukommende Gruppen mit unterschiedlichen Motiven. Aus verschiedenen Berichten wird deutlich, daß besonders eine Radikalisierung durch Angehörige der Wismut einsetzte.²⁸ In diesen Jahren waren Arbeiter der Wismut allgemein als eine abenteuerliche Gruppe bekannt. Zwischenfälle mit Wismutarbeitern gab es bereits vor 1953 im Bezirk. Mit diesem gemischten Potential veränderten sich die Zielobjekte. Partei und Einrichtungen der VP bzw. Justiz wurden angegriffen. Randalierer (siehe Einschlagen der Fenster der Post) und offensichtliche Feinde der DDR traten mit unter die Demonstranten. Daß sich die Zusammensetzung der Demonstranten änderte ist nicht in differenzierter Form darstellbar. Die Sympathien anderer Bevölkerungsteile sind nur in einem Fall überliefert. So wollten alle Bäcker am Nachmittag die Läden schließen. Die Aktion kam jedoch nach Einwirken des Rates der Stadt nicht zustande. Obwohl VP und KVP mit Waffen in Aktion traten, gab es keine Anwendung von Schußwaffen. Das führte teilweise bis zur Entwaffnung und zu tätlichen Angriffen. Nach einem anderen Bericht wurden in der Bezirksbehörde der VP Waffen eingezogen und Einsatzzüge ohne Waffen, z.B. zur VP Untersuchungshaftanstalt, in Marsch gesetzt.²⁹ Eine Weisung zur Anwendung der Schußwaffen lag nicht vor. Hier ist auf den eventuellen Einsatz der Feuerwehr im Bereich der Untersuchungshaftanstalt der VP zu verweisen, ebenso auf das Ersuchen des Oberbürgermeisters an die VP. Die aktive Handlungsfreiheit der VP und des MfS war mit Verhängung des Ausnahmezustandes am Abend wiederhergestellt.

Unter Ausnutzung dieser Situation erfolgten die Festnahmen in der Stadt Gera. Die Reaktion der staatlichen und Parteiorgane hatte zunächst passiven Charakter. Im Rat des Bezirkes legte die Parteiorganisation noch in den Vormittagsstunden fest, Dreiergruppen von Agitatoren in die Betriebe zu entsenden und Gruppen von Mitarbeitern wurden angewiesen, befürchtete Wohnungsplünderungen zu verhindern. Fünfzig Mitarbeiter sollten das Gebäude vom Rat des Bezirkes sichern. Auch beim

²⁷ LPA Thüringen IV/4/03/188.

²⁸ ThStA Rud. BPA SED Gera IV/2/4/619, S. 35–36; ThStA Rud. BdVP 21/026, Bericht vom 29.6.1953. – An allen Orten, die in den Quellen mit Gewaltakten verbunden werden, ist von Wismutarbeitern die Rede, die besonders mit ihrer Technik wirkten. Zu Tätlichkeiten vor dem Rat des Bezirkes kam es erst nach Eintreffen der Fahrzeuge der Wismut. Es wird von etwa 40 Fahrzeugen berichtet, die nach Gera fahren. Eine konkrete Untersuchung des Anteils und der Motive der Wismutarbeiter ist wegen der Quellenlage z.Zt. nicht möglich.

²⁹ Vgl. Friedrich Krüger in: Spurensicherung..., a.a.O., S. 36.

Rat der Stadt wird um diese Zeit beraten und beschlossen, daß sich die Mitarbeiter unter die Demonstranten mischen und agitieren. MfS und VP in Gera waren durch die Ereignisse in Berlin bereits gewarnt. Allerdings waren sie sich über das Ausmaß der möglichen Reaktion nicht im klaren. Trotz vorher bekannter Hinweise über die Stimmung in der Bevölkerung zeigten sich die leitenden Organe von SED und Staatsapparat auf allen Ebenen von diesen Formen des Protestes überrascht. Soweit es zu Verhandlungen mit den Demonstranten kam, wurde versucht, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, durch Zugeständnisse und Versprechungen eine Ausweitung zu verhindern und die Protestierenden zu beschwichtigen (zum Teil auch mit Erfolg). So unterzeichneten Werkleiter, BGL-Vorsitzender und stellvertretender Parteisekretär der Energieverteilung Süd in Gera eine Resolution, um „das Schlimmste zu verhüten“ und „die Arbeit zu sichern“, wie sie meinten. In diesem Betrieb, im EMK Dampfkesselbau, im Kompressorenwerk II, dem Tonzungenwerk und anderen Betrieben wurde nicht gestreikt.

Die Haltung der SED-Mitglieder war, zumindest in Gera, differenziert. In einigen Betrieben beteiligten sich die meisten Genossen am Streik und an der Demonstration, so 80 % der 115 Mitglieder zählenden BPO von Roto-Record, von den Parteiorganisationen der Gewosei, Werk II (außer 5) und des Röntgenwerkes (außer 4) alle Genossen. Im gewählten Streikkomitee der Gewosei von 38 Mitgliedern sollen 12 Mitglieder der SED gewesen sein.³⁰ Von den anderen BPO heißt es in den Berichten der Stadtbezirksleitungen, daß die Genossen meist abseits standen, nicht eingriffen, vor der Diskussion zurückwichen, die Streiks als gerechtfertigt ansahen, Streikforderungen unterstützten, an Ausarbeitung und Resolution beteiligt waren, im Streikkomitee mitarbeiteten oder gar als „Rädelsführer“ in Erscheinung traten. Zugleich gab es in mehreren Betrieben Genossen und Parteiose, die aktiv gegen Streik und Demonstration auftraten, so u.a. die Genossen Sch. von der Gewosei, Werk I, H. vom Milchhof, G. vom Kompressorenwerk, Werk II, O. und L. vom IFA-Metallwerk. Trotz aller Widerwärtigkeiten waren sie offensichtlich durch die Ideen des Sozialismus motiviert.

Ungebrochen war die Autorität der Besatzungsmacht. Ihr praktisches Handeln zeigte, daß sie bestrebt war, extremes Handeln zu vermeiden. Verletzungen an Demonstranten wurden nicht bekannt.

Gera bildete nach Jena den zweiten Schwerpunkt bei den Ereignissen im Bezirk Gera. In Jena hatten die Proteste allerdings einen extremeren Charakter angenommen. Die Zahl der Demonstranten war erheblich größer. Es kam zu Verwüstungen in den Einrichtungen der SED, GST, DSF, FDJ und der Kreisdienststelle des MfS. In der U-Haftanstalt der VP in Jena wurden die Häftlinge befreit. Angehörige der Sicherheitsorgane wurden mißhandelt und zum Teil mit Lynchjustiz bedroht.³¹ Im Bezirk kam es vor allem in Nachbarschaft zu Gera und Jena zu weiteren Protestaktionen in geringem Umfang (z.B. in Weida, Eisenberg und Silbitz). In den Großbetrieben in anderen

³⁰ ThStA Rud. SED IV/2/4/617 – Analyse der BPKK vom 7.8.1953.

³¹ Andreas Karmrodt, Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei. Hrsg. v. Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1997. – Vgl. auch Aussagen von Hei. Niederschrift im Besitz des Verfassers.

Teilen des Bezirkes (Maxhütte, Schwarza, Hescho Hermsdorf) kam es zu keinen Protestaktionen.³²

³² ThStA Rud. SED IV/2/4/617 – Analyse der BPKK vom 7.8.1953.

Die Tage danach

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes hatte sich die Situation in den Betrieben noch nicht beruhigt. Am 18. Juni 1953 verweigerte der größte Teil der Belegschaft des VEB Gewosei die Aufnahme der Arbeit. Die Belegschaft hatte sich am Vortag nicht an den Streiks und Demonstrationen beteiligt, bildete aber jetzt ein Komitee und stellte die Forderung nach Zurücknahme der festgelegten Normen und dem Rücktritt der BGL. Das Eintreffen eines sowjetischen Offiziers und dessen Befehl, die Arbeit sofort aufzunehmen, verhinderte alle weiteren Aktivitäten. In der Kammgarnspinnerei hielten Diskussionen über die Abschaffung des Personalbüros und der Abteilung Arbeit und Gütekontrolle an.

Charakteristisch für diese Tage war aber wohl mehr eine stille Protesthaltung, verbunden mit Solidaraktionen für Inhaftierte.

- Im IFA-Betrieb (vormals Golde) führten die Kollegen in der Materialversorgung aufgrund der Festnahme ihres Mitarbeiters Alfred Liebold eine Schweigestunde durch. Am 2.7. findet sich Liebold nach seiner Entlassung wieder im Betrieb ein. Sein Geburtstag am 9.7. gab Gelegenheit für eine kleine Demonstration. Sein Arbeitsplatz konnte die Blumen und Geschenke nicht fassen.³³
- Im Betrieb Roto Record wollte man die Beiträge für den FDGB verweigern. Statt dessen sollte Geld für die Familien von drei inhaftierten Kollegen gesammelt werden.
- Am 19. Juni wurde im Betrieb Schulenburg kurzzeitig gestreikt. Ausgelöst wurde der Streik durch die Festnahme eines Belegschaftsmitgliedes. Am gleichen Tag wird in Gera die Verurteilung zum Tode eines Beteiligten an den Unruhen in Jena bekannt gegeben.
- Als am 9.7. im IFA Betrieb Werner Keppel als Vertreter der Kreisleitung der SED zu den Kollegen sprach, wurde die ablehnende Haltung durch eine schwache Beteiligung deutlich; schließlich holte man zur Auffüllung der Versammlung Schichtarbeiter aus den Werkstätten.

Im Juni und Juli fanden Aktivtagungen der Partei statt. In den Auswertungen stellte das Sekretariat der Kreisleitung kritisch fest, daß kaum Arbeiter gesprochen hätten.

Am 22. Juni wurde in Gera die Sperrstunde auf 22 Uhr bis 4 Uhr verändert. Eine Änderung erfolgte nochmals am 28. Juni auf 23 Uhr bis 3 Uhr.

Der Justizminister der DDR Fechner sicherte in diesen Tagen Straffreiheit für Streikende zu, die sich nicht an Gewaltakten beteiligten. Im Gefolge dieser Auslassungen gab es in Gera vor Gericht 6 Freisprüche und 3 Urteilsänderungen. Bei den Inhaftierten G. und S. (die den Protest im Kompressorenwerk anführten) und Werner wurden die Verfahren wie bei ca. 37 weiteren Personen eingestellt.

Auch in anderen Bereichen wurden die restriktiven Maßnahmen zurückgenommen, z.B. wurden Betriebe an die Besitzer zurückgegeben. In einigen Landwirt-

³³ Erinnerungen Uhde. Manuskript Stadtarchiv Gera.

schaftsbetrieben wurde z.T. das Abgabesoll reduziert. Lebensmittelkarten erhielten wieder alle Bürger.

Oberschüler, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde gemäßregelt worden sind, wurden wieder in den Schulen aufgenommen.

Veränderungen der Arbeitsnormen blieben für die Betriebsfunktionäre stets ein heikles Thema.

Zum Schicksal des Neuen Kurses und dem Charakter der Ereignisse am 17. Juni 1953

Unter den Bedingungen der westöstlichen Auseinandersetzungen wurde die Haltung der sowjetischen Seite von deren Interesse dominiert, die Verhältnisse in der DDR zu stabilisieren. Dem dienten Maßnahmen zur Senkung von Reparationszahlungen, Rückgabe von Betrieben in deutsche Hände u.a.m.

Offensichtlich gehörte dazu auch, eine „unnötige“ Veränderung in der Führung von Partei und Regierung zu vermeiden. Sowohl im Politbüro wie im ZK der SED konnte sich die Gruppierung um Zaisser und Herrstadt gegen Ulbricht nicht durchsetzen. Die Auseinandersetzungen endete mit der Verbannung beider von der politischen Bühne.³⁴ Justizminister Fechner, ein alter Sozialdemokrat, mußte wegen seiner Weisung, Akteure der Streiks aus der Haft zu entlassen, selbst Bekanntschaft mit dem Gefängnis machen.

Damit unterblieb auch eine tiefergehende Diskussion über die Ursachen der Ereignisse am 17. Juni 1953. Die weitere politische Linie konzentrierte sich zwar darauf, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung bei allen Maßnahmen besser zu berücksichtigen, einen demokratischen Diskurs in allen Bereichen der Gesellschaft sah die Parteiführung jedoch nach wie vor als schädlich und unvereinbar mit dem Aufbau eines sozialistischen Staates an. Dieser Linie diene auch die lancierte Auffassung eines faschistischen Putsches der stattgefunden hätte. Die Ereignisse führten nach dem 17. Juni zu gravierenden Veränderungen in der Tätigkeit des MfS, und die falsche Wertung wurde benutzt, um insgesamt den Sicherheitsapparat zu qualifizieren und auszubauen.³⁵

Auf dem 16. Plenum (17.–19.9.1953) des ZK der SED war vom Neuen Kurs kaum noch die Rede. Die Korrektur der Maßnahmen des 10. Plenums wurde eingestellt. Gegen Mitglieder der SED, die sich an Aktionen zum 17. Juni beteiligt hatten oder Kritik an stalinistischen Methoden äußerten, wurden Parteiverfahren eingeleitet. Bereits am 7. und 8. August stellte die Bezirksleitung der SED wieder die Aufgabe, SPD-Organisationen und Trotzlisten zu zerschlagen.

Die entscheidende Mehrheit der Mitglieder der SED (auch die Verfasser dieser Schrift) folgten der vorgegebenen Linie der Parteiführung. Zweifellos wurde durch verschiedene Maßnahmen und das verstärkte Auftreten von Funktionären (Ende Juni trat z.B. Otto Winzer im VEB WEMA Union vor der Belegschaft auf) auch in den Betrieben Wirkung erzielt, die die Lage stabilisierte.

Bis zum Ende der DDR wurde an der Legende vom faschistischen oder konterrevolutionären Putsch festgehalten.³⁶

Betrachtet man Verlauf und aufgestellte Forderungen der Arbeiter in Gera, bleibt jedoch ebenfalls kein Raum für die Behauptung, es habe sich um einen antisozialisti-

³⁴ Das Herrstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hrsg., eingel. u. bearb. v. Nadja Stulz-Herrstadt, Reinbek b. Hamburg 1990.

³⁵ Grimmer/Irmler/Opitz/Schwanitz (Hrsg.): Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS. Berlin 2002.

³⁶ So z.B. auch im Band „Zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Stadt der SED“, 1987 (S. 101).

schen Aufstand gehandelt. Die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben rebellierten in keiner Weise gegen den Status dieser Betriebe, Schwerpunkte waren vielmehr ihr Lebensstandard und die Herstellung demokratischer Verhältnisse. Losungen gegen den Aufbau des Sozialismus fehlten. Verfehlt ist auch der Versuch, den 17. Juni zu einem „Tag der deutschen Einheit“ zu erklären. Wenn solche Forderungen aufkamen, müssen sie im Zusammenhang mit gleichlaufenden Losungen des Staates und anderer gesellschaftlicher Kräfte gesehen werden. Hier wurde offensichtlich ein allgemeiner Konsens bekräftigt.

Die von den heutigen selbsternannten „Siegern der Geschichte“ gern vertretene Auffassung von der Vollendung des 1953er „Arbeiteraufstandes“ im Herbst 1989 hinkt nicht weniger. „Solche Thesen sind wiederum die Ergebnisse ideologischer Geschichtsbetrachtung. Die Tatsache, daß 1953 viele Menschen in der DDR zu der Auffassung gelangten, daß das Neue im Lande nicht das war, wofür es sich ausgab, besagt noch lange nicht, daß diese Menschen zurück zu den Verhältnissen wollten, die sie in einen furchtbaren Krieg getrieben hatten. 1989 standen Kapitalismus (genannt Marktwirtschaft) und D-Mark bekanntermaßen wiederum nicht auf den ersten Spruchbändern der Bürgerbewegungen. Es ging damals um eine andere DDR. Nach 1953 gab es den Mauerbau, es gab den Prozeß von Helsinki und den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD. Schon diese, mit dem 17. Juni äußerlich scheinbar nicht verbundenen Tatsachen belegen, daß der Frühsommer 1953 in der DDR nicht von nationalen und internationalen Entwicklungen abzukoppeln ist.

Bisweilen wird die große, ja entscheidende Rolle Michail Gorbatschows beim Zustandekommen der deutschen Einheit hervorgehoben. 1953 sowjetische Panzer, 1989 ein nachgiebiger Generalsekretär? So einfach liegen die Dinge kaum. Dennoch gehören auch solche Fragen zu einem ernsthaften Versuch, den 17. Juni 1953 und seine Folgen mit den Kenntnissen von heute zu bewerten. Fest steht, die DDR war keine tragfähige Alternative zum Wohlstandskapitalismus der BRD. Ihre Defizite an Demokratie und Freizügigkeit wurden von ihren Bürgern auf die Dauer mehrheitlich nicht getragen. Dies kann jedoch kein Grund sein, die Defizite der heutigen Gesellschaft zu verschleiern.³⁷

In Gera traten Arbeiter für bessere Lebensverhältnisse und demokratischen Willensbildungsprozeß in der Gesellschaft auf. Ein Hinzukommen radikaler und sozialismusfeindlicher Personen lag allerdings in der Eigendynamik der Prozesse. Den Charakter der Ereignisse konnten sie in Gera nicht bestimmen. Das trifft auch auf Randalierer zu.

Insgesamt handelte es sich in Gera um einen demokratisch legitimierten Protest, um einen Aufstand der Arbeiter, nicht um einen allgemeinen Volksaufstand.

Es gibt durchaus gute Gründe, die bereits 1993 von der Interessengemeinschaft aufgeworfene Frage zu wiederholen: „Kann nicht – nach Analyse der Forderungen und Ziele der Protestbewegung am 17. Juni 1953, ihrer breiten sozialen Basis vor allem in der Arbeiterklasse, der Teilnahme vieler, mitunter sogar der Mehrheit der SED-Mitglieder aus Betriebsparteiorganisationen, deren Mitarbeit in Streikkomitees und der Anwendung traditioneller Kampfformen der Arbeiterbewegung – von einem

³⁷ Dieter Hausold im Vorwort zu: Der 17. Juni 1953 in Gera, a.a.O., S. 1f.

ersten sozialen und demokratischen Charakter tragenden, antistalinistischen Aufstand in der DDR gesprochen werden?³⁸

³⁸ Ebenda, S. 8.

Anlage 1

Übersicht über Betriebe in Gera, die 1952/1953 durch repressive Maßnahmen betroffen wurden

1. Städtischer Mittelstand

Spedition Otto Jäger/Nachf. (Eiljäger) am Südbahnhof

Geschäftsführer war Herr Langbein. Der Betrieb hatte 34 Mitarbeiter. L. wurde am 5. September 1952 festgenommen, wegen Verstoß gegen das Gesetz des innerdeutschen Handels. Er hatte Erzeugnisse im Wert von 575.000 Mark an eine westdeutsche Speditionsfirma geliefert. Am 23.9.1952 wurde der VEB Spedition Berlin als Treuhänder eingesetzt.

Quelle: Stadtarchiv Gera „Treuhandsache“ Bd. III C 24 – 876

Firma König & Richter, Schmelzhüttenstraße

Der Betrieb war unter Treuhandverwaltung gestellt worden (eine Begründung geht aus den Akten nicht hervor). Der Firmeninhaber war zu 1.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden (26.8.1952). Am 8. September 1952 wurde der Betrieb an den Inhaber zurückgegeben.

Quelle: ebenda

Fuhrunternehmer Riedel, Röppisch

Am 3. November 1952 wird der Betrieb unter Treuhandverwaltung gestellt, wegen Verdachts einer strafbaren Handlung nach Wirtschaftsstrafverordnung vom 23.9.1948. Riedel war verhaftet worden. Am 6. Januar 1953 wurde er aus der Haft entlassen. Die Treuhandverwaltung wurde aufgehoben.

Quelle: ebenda

Großhändler Friedrich

Aus einer Information der Kripo an den Rat der Stadt: Friedrich hatte von Mai 1950 bis August 1951 zehntausend Westrasierklingen illegal eingeführt. Das Geschäft war auf der Leipziger Messe mit einem Westberliner Kaufmann abgeschlossen worden, der eine Filiale in Ostberlin hatte.

Die Bezahlung erfolgte in Ostgeld, auf ein Ostberliner Konto durch Überweisung. Wert der Strafsache: 1.000 Mark. Am 26. Mai 1952 wurde die Beschlagnahme des Vermögens aufgehoben, „da kein Grund mehr vorliegt“.

Quelle: ebenda, Bd. II, 877

Fleischer

Im November 1952 protestierte die ELG der Geraer Fleischer wegen inhaftierter Fleischer:

- Müller, Spielwiese
- Grimm, Böttchergasse
- Martin, Wiesestraße
- Latzel, Salzstraße
- Drexler, Schmelzhüttenstraße

Es wird gefordert, diese Geschäfte offen zu halten und sie weiterhin beliefern zu dürfen. Dieses Gesuch wurde abgelehnt. Am 16. Juni 1953 teilt das Kreisgericht mit, daß gegen die genannten und weitere Angeklagte, die sich alle in U-Haft befanden, verhandelt wurde wegen Verbrechen nach § 1, Abs. I, Ziffern 3 und 4, Abs. I, Ziffer 1 der Wirtschaftsstrafverordnung und §§ 259/260 und 73 des StGB. Die Verhandlungen hatten am 23.3.1953 und am 26.2.1953 stattgefunden. Die gefällten Urteile lagen zwischen 1,5 und 6 Jahren. Die Mitteilung des Kreisgerichtes an den Rat der Stadt am 16.6.1953 bezog sich auf ein Gesuch der Angehörigen, entsprechend des Ministerrats vom 10.6.1953 (Neuer Kurs!) die Urteile zu überprüfen. Die endgültige Entscheidung wurde in den Unterlagen nicht gefunden. Lediglich, daß am 29.6.1953 die Vermögensbeschlagnahme von Fleischermeister Grimm aufgehoben wurde.

Quelle: ebenda, Bd. IV, 878

Spedition Franz Rothe & Söhne, Liebschwitzer Straße

Die Firma hatte damals 40 Beschäftigte. Anfang Dezember 1952 wurde sowohl des Firmenvermögen, als auch das Privatvermögen von Richard und Hans-Joachim Rothe beschlagnahmt. Der Betrieb wurde unter Treuhandverwaltung gestellt. Nach Freilassung des zeitweilig inhaftierten Hans-Joachim Rothe wurde ihm untersagt, wieder in der Firma Beschäftigung zu erhalten, weil die Vermögensbeschlagnahme noch bestand (Er soll sich anderweitig Arbeit suchen. Die monatliche Unterhaltszahlung von 180 Mark an seine Frau wurde eingestellt). Am 19. Juni 1953 wurde die Strafsache gegen Kurt Rothe und den kaufmännischen Angestellten Heinz Hemmann auf Antrag des Bezirksstaatsanwaltes eingestellt. Die Haftbefehle wurden aufgehoben, ebenso die Vermögensbeschlagnahmen.

Quelle: ebenda, Bd. II

Margarinefabrik Röhler, Schlachthofstraße

Am 9. Dezember 1952 teilt der Staatsanwalt der Rechtsstelle beim Rat der Stadt Gera mit: „Ich habe das Vermögen der Fa. Albin Röhler und des Großhandels Dr. Wilhelm Hennes sowie das Vermögen der Elisabeth Hennes (Stalinstraße 53) beschlagnahmt.“

Da Dr. Hennes die DDR verlassen hatte, wurde sein Vermögen der Investbank Erfurt in Verwaltung gegeben. Am 9. Februar 1953 erfolgte die Anklage gegen Betriebsleiter Kurt Hennes und Betriebsleiterin Elisabeth Hennes:

1. Entzug von Gegenständen wirtschaftlicher Leistung: fabrikneuer unbereifter Lkw-Kipp-Anhänger
2. Zurückhaltung von Rohstoffen: Schrott
3. Falsche Angaben über Vermögen
4. Bezug von wirtschaftlichen Gegenständen aus Westberlin: Schlauch und Decke, Einspritzpumpe, Kurbelwelle, Ford-Motor
5. Transport von Waren ohne Warenbegleitschein aus Westberlin: Butterfarbe

Dr. Hennes hatte im Mai 1950 720 Mark Ost in 100 Mark West umgetauscht und dafür Butterfärbemittel gekauft.

Die verhängten Urteile dafür lauteten: Dr. Wilhelm Hennes – 6 Jahre Zuchthaus (in Abwesenheit), Elisabeth Hennes – 14 Monate Zuchthaus. Für beide erfolgte Vermögenseinzug.

Quelle: ebenda

Louis Spitzbarth, Niemöllerstraße

Zur Person: Er wurde 1881 in Asch/Böhmen geboren (71 Jahre alt). Er war technischer Kaufmann und Handelsvertreter und reparierte als Rentner Waagen. Im Juni 1945 war er der KPD beigetreten. Da er eine Parteisache (?) zum Gegenstand einer Privatklage gemacht hatte, wurde er im März 1950 aus der Partei ausgeschlossen.

Am 5. Januar 1953 war sein Vermögen beschlagnahmt und Anklage erhoben worden, wegen 12 in der Wohnung gefundenen Waagen, Hortung von 123 kg Buntmetall. Louis Spitzbarth wurde am 3. Juni 1953 (!) zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob er verhaftet war, ob er die Strafe antreten bzw. abbüßen mußte und ob er das Vermögen zurückerhalten hat.)

Quelle: ebenda

Färberei Wandel, Südstraße

Am 11. Mai 1953 sprach Herr Wandel (er war mit einer Jüdin verheiratet) gemeinsam mit seiner Tochter und dem Betriebsleiter Hermann Schulze beim Rat der Stadt vor. Sie boten der Stadt den Betrieb zur Pachtung mit niedrigster Pacht an. Anderenfalls erbaten sie die Genehmigung zur Liquidation des Betriebes.

Sie legten Bilanzen vor, aus denen ersichtlich wurde, daß der Betrieb jährlich 50.000 Mark Gewinn bringt. Dieser muß allerdings mit Bankkrediten um 20.000 bis 30.000 Mark überzogen werden, weil die Zeitspanne zwischen Leistung und Bezahlung ca. 8 Wochen beträgt. 1952 wurde ihm der Kredit von 20.000 auf 5.000 Mark herabgesetzt. Seit dem hat er bereits 25.000 Mark aus seinem Privatvermögen zugelegt. Er möchte weder strafbar werden noch möchte er nach dem Westen gehen.

Die Betriebsinhaber und der Betriebsleiter baten um baldigen Entscheid,

1. ob die Stadt pachten möchte,
2. der Betrieb liquidiert werden kann,

3. die Stadt sich dafür einsetzt, daß dem Betrieb wieder Bankkredit in Höhe von 20 TDM gewährt werden kann.

Herr Schulze weist darauf hin, daß gegenwärtig die Steuerschuld des Betriebes in Höhe von 35.000 Mark erreicht hat, durch die fehlenden Kredite und die erheblichen Erhöhungen der Vermögens- und Einkommenssteuer, trotz laufender Zuschüsse des Mitinhabers Herrn Wandel.

Der Rat der Stadt bemüht sich nun um Klärung der Angelegenheit. Der Betrieb soll nicht geschlossen werden, da er wichtig ist für die Erledigung von Aufträgen der VP und Roten Armee. Dazu gibt es nun einen Schriftverkehr mit der Deutschen Notenbank zwecks Kreditbereitstellung. Schließlich wurde entschieden, den Betrieb in staatlicher Verwaltung weiterzuführen. Auf der Grundlage des „Neuen Kurses“ wurde der Betrieb an Wandel zurückgegeben, der einen Rückübertragungsantrag gestellt hatte.

Quelle: ebenda

Likörfabrik Häußler, Gaswerkstraße

Am 12. Mai 1953 wurde das Vermögen des Betriebes eingezogen, ebenfalls das Vermögen der Mitinhaber Georg und Horst Häußler. Beide wurden wegen Wirtschaftsverbrechens angeklagt. Am 19.6.1953 wurden Anklage und Vermögensbeschlagnahme aufgehoben.

Quelle: ebenda, Bd. IV

Garagenhof Walther, Stresemannstraße

Am 20.5.1953 wurde das Vermögen von Kurt Walther und Erich Walther beschlagnahmt. Am 19.6.1953 wird die Beschlagnahme des Vermögens von Kurt W. aufgehoben. Am 11.7.1953 wird auch die Vermögensbeschlagnahme von Erich W. aufgehoben, „... da sie durch Republikflucht gegenstandslos geworden ist“.

Quelle: ebenda

Karosseriebau Fritz Fleischer, Tinz

Wegen „Wirtschaftsverbrechen“ wurde im Mai 1953 Fritz Fleischer verhaftet. Der Betrieb hatte 100 Beschäftigte. Gleichzeitig erfolgte Vermögensentzug. Am 13.7.1953 wurde das Vermögen zurückgegeben.

Quelle: ebenda

Eisdielen

Im Mai 1953 liefen auch Anklagen gegen Eisdielenbesitzer bzw. -inhaber an: Eisdielen Matthes, Willi – Ciovanni, Umberto – Zöllner, Else.

Matthes und Ciovanni waren auch verhaftet worden. Am 17.6. bzw. 19.6.53 wurden Ciovanni und Matthes freigelassen. Die Vermögensbeschlagnahme für alle 3 wurde aufgehoben.

Quelle: ebenda

Flaschenbierhändler Rudolf Schlechte, Ferbers Anbau

Anfang Juni 1953 wurde Schlechte in U-Haft genommen, sein Vermögen wurde beschlagnahmt. Am 16.6. wurde die Beschlagnahme aufgehoben, wahrscheinlich wurde Schlechte auch aus der U-Haft entlassen, evtl. auch schon einige Tage früher.

Quelle: ebenda, Bd. I

Kurt Bitterlich – Firma Willibald Voigt, vormals Hugo Weber, Brühl 5–6, Bäckereibedarfsartikel

Gegen Bitterlich wurde im Dezember 1951 Gefängnisstrafe verfügt und Vermögensentzug. Soweit ersichtlich wurde, galt als Begründung: Nichtbeachtung der Hygiene, was auch als Sabotage der Ernährung ausgelegt werden konnte. Die Lagerung von Lebensmitteln, besonders Getreide, hätte die nötige Sauberkeit vermissen lassen. Es wurde Ungeziefer (z.B. Kornkäfer) festgestellt. Im Geschäft wurde ein Treuhänder eingesetzt. Am 14. August 1952 wurde Bitterlich aus der Haft entlassen. Er muß ein sehr agiler, impulsiver und temperamentvoller Mensch gewesen sein. Nach Mitteilung des Treuhänders erschien er bereits am nächsten Tag „randalierend“ im Geschäft (wahrscheinlich wies er auf ihm mißfallende Gepflogenheiten und andere ihm nicht gefallende Dinge hin). Zum Geschäft gehörten damals noch neben dem Treuhänder 1 Kraftfahrer, 1 Beifahrer und ein Lagerarbeiter. Der Treuhänder forderte nun vom Rat der Stadt, Bitterlich aus der Geschäftswohnung zu entfernen, weil die Gefahr bestünde, daß er mit Kunden in Verbindung tritt und sich geschäftsschädigend äußert. Ob diesem Wunsch entsprochen wurde, war nicht zu entnehmen.

Der Betrieb wurde am 8. April 1953 wegen Unrentabilität geschlossen (lag es an ungünstigeren Bedingungen oder an schlechter Führung durch den Treuhänder?). Nach Verkündung des Neuen Kurses bemühte sich Bitterlich um Vermögensrückgabe und Wiedereröffnung seines Geschäftes (siehe Schriftverkehr mit Oberbürgermeister).

Schreiben vom 12.6.1953; Schreiben vom 24.6.1953; Schreiben vom 30.6.1953: Es muß angenommen werden, daß der Oberbürgermeister Böhme den Antrag von Bitterlich auch befürwortet hat. Im letzten Schreiben dieses Aktenvorganges vom Bezirksstaatsanwalt an den Oberbürgermeister heißt es aber: „Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 7. Juli 1953 teile ich Ihnen mit, daß eine Rückgabe des eingezogenen Vermögens des Kurt Bitterlich nicht möglich ist, da dieser bereits im Jahre 1951 rechtskräftig verurteilt worden ist.“ (Wäre er 1953 verurteilt worden, hätte er es zurückerhalten).

Quelle: ebenda

Weitere Fälle, die sehr kurz und unkonkret dargestellt waren:

Spirituosenfabrik und Großhandel Paul Kühn, Heckelstraße

19.05.1953 Vermögensbeschlagnahme

17.06.1953 Aufhebung der Vermögensbeschlagnahme

15.07.1953 Einstellung des Verfahrens

Quelle: ebenda, Bd. IV

Fa. Werner Kachold, Samen, Futtermittel – Fuhrgeschäft

De-Smit-Straße

19.05.1953 Beschlagnahme des Vermögens von Erich Neukranz

Hotelbesitzerin Martha Fischer, Straße des 7. Oktober

23.03.1953 Vermögensbeschlagnahme

Fa. Höpfner & Co., Untermhaus

15.05.1953 – Die persönlich haftende Gesellschafterin Nanni Höpfner wurde festgenommen. Kommandistin Hildegard Grünert wurde ebenfalls festgenommen. Das Geschäftsvermögen und das Privatvermögen beider Festgenommenen wird beschlagnahmt.

18.07.1953 – Die Staatsanwaltschaft hebt die Vermögensbeschlagnahmen auf, „...da die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen...“ (wahrscheinlich schon vorher aus der Haft entlassen).

Quelle: ebenda, Bd. I

Fa. Niendorf und Hilgen, Ziegelberg

11.03.1953 – Niendorf wurde aus der Haft entlassen und erhielt sein Vermögen zurück. Hilgen und ein weiterer Bürger (?) wurden verurteilt, einschließlich Vermögensentzug, weil sie versuchten über Westberlin zu flüchten.

2. Landwirtschaft

Bauer Lippold, Poris

Anfang April wurde Herr Lippold verhaftet, wegen: Nichterfüllung der Ablieferungspflicht, Nichteinhaltung des Viehplanes, fehlender Bevorratung.

Quelle: Stadtarchiv, Ratsprotokoll 1953

Else Albert, Zeulsdorf

Frau Albert gibt den 12 ha Landwirtschaftsbetrieb auf und überträgt ihn an den Rat der Stadt (10. April 1953), weil sie finanziell und körperlich nicht in der Lage ist, den Betrieb zu bewirtschaften. Sie bittet, weiterhin unentgeltlich auf dem Hof wohnen zu dürfen.

Quelle: Stadtarchiv, Ratsprotokoll 1953, Treuhand Bd. I

Hugo Rothe, Langengrobsdorf

Am 24.04.1953 meldet die Staatsanwaltschaft dem Rat der Stadt, daß der Großbauer Rothe in Untersuchungshaft genommen wurde; Wirtschaftsverbrechen. (Es ist der Angeklagte Rothe, wegen dem die Staatsanwaltschaft von der BL kritisiert wurde, daß sie auf Freispruch plädierte.) Übrigens: Obwohl Rothe aus der Haft entlassen worden war, blieb der Betrieb zunächst noch unter städtischer Verwaltung.

Quelle: ebenda

Otto Zorn, Röppisch

Am 13. Mai 1953 wird der Landwirtschaftsbetrieb Zorn in städtische Verwaltung übernommen. Herr Zorn befindet sich wegen „Wirtschaftsvergehen“ (wahrscheinlich wegen „Vernachlässigung der Wirtschaft“) in U-Haft.

Quelle: ebenda

Sonntag und Böttcher – beide Röppisch

Wurden wegen „Vernachlässigung“ am 13.5.53 ebenfalls durch die Stadt übernommen.

Quelle: ebenda

Trommer, Frankental

Die Wirtschaft wurde in Verwaltung von Herrn Grundweg gegeben (Gründe nicht ersichtlich).

Quelle: ebenda

Weitere Landwirtschaftsbetriebe wurden zunächst von der Stadt übernommen und dann an LPGen zur Bewirtschaftung übergeben.

Anlage 2

Forderungen der Arbeiter in Gera

Forderungskatalog des VEB Geraer Kompressorenwerk I und des VEB Roto-Record Gera

1. Senkung der HO-Preise um 40 %
2. Erhöhung der Renten
3. Rücktritt von Ulbricht und Grotewohl
4. Aufhebung der Staatssicherheit
5. Freilassung aller politischen Gefangenen, außer Kriegsverbrecher
6. Abschaffung der Stromsperrern
7. Kürzung der Gehälter der KVP
8. Keine Repressalien gegen anwesende Personen am 17. Juni
9. Bezahlung der streikbedingten Lohnausfälle
10. Bessere Verteilung der Lebensmittel

Quelle: LPA – A Gera PDS IV/4/03/187

Forderungskatalog des VEB Thüringer Teppichfabrik Münchenbernsdorf, Werk Gera

1. Bestrafung der Verantwortlichen für die Anordnungen der letzten Monate
2. Abbau Staatsapparat und Kürzung der Gehälter der Funktionäre um 50 %
3. Freie, geheime und demokratische Wahlen
4. Wiederherstellung der Einheit Deutschlands
5. Rücknahme der Normen
6. Der FDGB soll zu den Fehlern der Regierung Stellung beziehen
7. bis 18. Ökonomische und soziale Forderungen, u.a.:
 - Erhöhung der Renten
 - Senkung der HO-Preise
 - Abschaffung des Prämiensystems
 - Wiederaufbau auch in der Provinz, nicht nur in der Hauptstadt Berlin

Quelle: LPA – A Gera PDS IV/4/03/188

Forderungskatalog des VEB Energieverteilung Gera

1. Rücknahme sämtlicher Lohn- und Gehaltskürzungen
2. Rücknahme der bisher ausgesprochenen Kündigungen und Überprüfung der Arbeitsplätze, um den Acht-Studentag für alle Beschäftigten einhalten zu können
3. Nachbewilligung des noch offenen Urlaubs von 1952
4. Sofortige Auszahlung und Anerkennung der erzielten Wettbewerbsprämien
- 5.–14. Ökonomische und soziale Forderungen, u.a.:

- Beibehaltung der bisherigen dreimaligen Lohnzahlung im Monat
- Wiedereinführung der Zuschläge für Sonntags- und Schichtarbeit
- Kürzung der VP Gehälter
- Senkung der HO-Preise

15. Freie und geheime Wahlen; die Herstellung der Einheit Deutschlands;
Presse- und Informationsfreiheit

Der Forderungskatalog wurde an das ZK der SED, an die Regierung der DDR und an den Bezirksvorstand Gera des FDGB gesandt.

Quelle: LPA – A Gera PDS IV/4/03/188

Anlage 3

Verzeichnis der genannten Betriebe

Betrieb *	Beschäftigte
Gewosei VEB Geraer Woll- und Seidenweberei Gera, vormals Schulenburg, später Modedruck verschiedene Werkteile in Gera	2.368
VEB RFT Kondensatorenwerk Gera später VEB Elektronik, Parkstr. 1–3 verschiedene Werkteile in Gera	1.631
VEB Röntgenwerk Gera	219
VEB Autoreparaturwerk Gera später VEB Kraftfahrzeug-Instandhaltung im VE Ver- kehrskombinat Gera Betriebsteil Mitte, Schmelzhüttenstraße 31	150
VEB IFA-Metallwaren Gera vormals Golde, später VEB Fahrzeugzubehör Ronneburg Werk Gera, Leninstr. 202	834
VEB Roto-Record Gera später in VEB Werkzeugmaschinenkombinat 7. Oktober Berlin Ernst-Thälmann-Str. 3	435
VEB Kompressorenwerk Gera Ernst-Thälmann-Str. 14	404
VEB WMW Union Gera später VEB Werkzeugmaschinenfabrik Union Gera im VEB Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“ Karl- Marx-Stadt, Tschaikowskistr. 2–4 verschiedene Werkteile in Gera	939
Betrieb *	Beschäftigte
VEB Holzindustrie Gera I und II später VEB Möbel- und Matratzenbau Gera, Betrieb im Möbelkombinat Zeulenroda, Stadtgraben 12	234

VEB (K) Kreisbaubetrieb	400
EMK Dampfkesselbau später VEB Maschinen- und Dampfkesselbau Betrieb des VEB Kombinat Nagema Gera Liebschwitz, Sachsenstr. 4	keine Angaben
Tonzungenwerk später Betriebsteil des VEB Elektronik Weinbergstr. 2	keine Angaben
Energieverteilung Süd Später VEB Energiekombinat Gera, Friedericistr. 6	keine Angaben
Schraubenfabrik Später VEB Schraubenwerk, Hainstr. 20	keine Angaben
Kammgarnspinnerei Später verschiedene Aufteilungen der Werkteile	keine Angaben
Fa. Weber, Ernst-Thälmann-Str. 1 Später eingegangen in den VEB Modedruck	keine Angaben
Kolbenring Komet später VEB Kraftfahrzeugwerke Dresden Werk Gera, Am Stadion 16	keine Angaben

* Die jeweils letzte Bezeichnung entspricht dem Stand von 1986/87.